

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen...

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Hof. Ad. Jösch, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitestr. 5, Ecke, Otto Fiebig, in Firma J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Verantwortlich für den Inzeratenteil: J. Kluglik in Posen.

Ar. 41

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen...

Montag, 18. Januar.

Inserate, die schlagspaltene Bettzelle oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bezugsloser Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 6 Uhr Nachm. angenommen.

1892

Deutscher Reichstag.

(Bericht des eigenen parlamentarischen Büreaus.) (Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.) 149. Sitzung vom 16. Januar, 12 Uhr.

Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt mit dem Extraordinarium. Die Beratung des Kap. „Reichsvericherungsamts“ bleibt wegen der Erkrankung des Staatssekretärs v. Bötticher vorläufig noch ausgesetzt.

Beim Titel: „Kosten der Beteiligung des Reichs an der Weltausstellung zu Chicago 1893 (900 000 M.)“ bittet Abg. Fritzen (Str.) um Ausstufung darüber, inwiefern seitens der einzelnen Industrien sich bisher Neigung zur Beschickung der Ausstellung gezeigt habe.

Unterstaatssekretär v. Rottenburg erwidert, daß bereits zahlreiche Anmeldungen einzelner Industrien vorhanden seien, so daß allein schon dadurch eine Ausfüllung der zur Verfügung gestellten Räume erfolgen würde. Es käme aber darauf an, die Industrie in ihrer Gesamtheit zur Beteiligung an der Ausstellung zu veranlassen, und in dieser Beziehung habe man noch kein Ergebnis erzielt. Namentlich hätte sich die Sammet-, Seiden-, Leder- und Eisenindustrie gegen eine Beteiligung ausgesprochen. Als erstes Motiv für diese Ablehnung führen die Herren an, daß sie dadurch kein neues Absatzgebiet sich erschließen würden. Diese Prognose kann aber nicht ausschlaggebend sein. Es handelt sich darum, ein Gesamtbild von der Industrie aller Länder zu geben und dadurch wenigstens für die Aufrechterhaltung des Besitzstandes in den Vereinigten Staaten zu sorgen.

Die ablehnende Haltung ist ja auch darauf zurückzuführen, daß unsere Industriellen mit der neuerdings eingeleiteten Schutzpolitik der amerikanischen Regierung nicht einverstanden sind. Aber wir haben keine Veranlassung, Nordamerika daraus einen Vorwurf zu machen. Die Regierung daselbst thut nur das, was ihr recht und billig scheint, und unsere Industrien sind nicht berechtigt, darüber zu schmolten.

Abg. Goldschmidt (Hr.) spricht seine Befriedigung über die Erklärungen des Unterstaatssekretärs aus und hofft, daß die Industriellen ihre Abneigung gegen die Beschickung der Ausstellung überwinden mögen. Es handelt sich nicht allein um den Absatz nach den Vereinigten Staaten selbst, sondern auch darum, neue Absatzgebiete zu gewinnen. Redner hält es aber zu diesem Zweck für durchaus notwendig, die deutsche Vertretung zu einer möglichst glanzvollen zu gestalten. Redner wünscht weiterhin, daß die Regierung jetzt schon zu der Frage einer Berliner Weltausstellung Stellung nehme, die für die deutschen Industrien einen unermeßlichen Werth haben würde.

Abg. Dr. Witte (Hr.) schließt sich bezüglich der Frage der Beschickung der Chicagoer Ausstellung den Ausführungen des Vorredners an. Er verstehe die Abneigung gewisser Industrien dagegen nicht. Namentlich die Sammet- und Seidenindustrie, die Webindustrie und vor allem die Zuckerindustrie habe hier Gelegenheit, ihre ganze Bedeutung zu zeigen. Allenfalls verstehe er die Zurückhaltung der Eisenindustrie. Die Nachteile für die Industrien, die sich an einer solchen Weltausstellung nicht beteiligen würden, würden sehr groß sein. Bezüglich einer Berliner Weltausstellung ist Redner allerdings der Ansicht, daß sie nicht zu früh nach der Chicagoer Ausstellung ins Werk gesetzt werde; er würde das Jahr 1898 für das richtige halten. Es sei aber eine Anregung und vor allem eine schnelle Entscheidung seitens der Regierung wünschenswert, damit die deutschen Industrien sich rechtzeitig darauf vorbereiten könnten, und damit nicht Weltausstellungen von anderen Ländern in Konkurrenz mit der deutschen geplant würden.

Unterstaatssekretär v. Rottenburg: Die Regierung wird dem Beschlusse des Handelstages betreffs der Berliner Weltausstellung näher treten. Zu erwägen ist aber, daß die internationale Ausstellung in Berlin zur Vorbereitung der Beteiligung Deutschlands an der amerikanischen Ausstellung hat.

Abg. Dr. Bachem (Str.) erklärt die ablehnende Haltung der Sammet- und Seidenindustriellen für einen großen Fehler. Beteiligung an einer Weltausstellung sei kein Luxus, sondern gehöre zu den notwendigen Betriebskosten der Industrie. Ausbreitung derselben sei um so notwendiger als Deutschlands Industrie auf den Export angewiesen sei.

Abg. Dr. Lieber (Str.) giebt die Erklärung ab, daß seine Partei mit der Bewilligung der Forderung für die Beteiligung des Reichs an der Chicagoer Weltausstellung der ganz entschiedenen Ueberzeugung Ausdruck geben wolle, daß die allseitigste und glänzendste Beschickung dieser Weltausstellung seitens der deutschen Industrie ohne jede Ausnahme eine Sache nationaler Ehre und nationaler Interessen sei.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.) meint, daß zahlreiche Industrien gar kein Interesse an der Beteiligung hätten, da sie weder etwas Neues, noch etwas Besonderes bringen könnten, z. B. die Schienen- und Walzwerke. Nicht das Schmolnen, sondern praktische Erwägungen seien für die Ablehnung maßgebend. Die Industrie hätte nach Emanation des Arbeiterschutzgesetzes mit der Ausarbeitung der Arbeitsordnungen so viel zu thun, daß sie auf etwas anderes ihre Aufmerksamkeit nicht richten könne. Die Millionen, die für die Beteiligung der Chicagoer Weltausstellung gefordert werden, dürften mit mehr Nutzen für die deutschen Arbeiter ausgegeben werden.

Unterstaatssekretär Dr. v. Rottenburg erwidert, er habe mit dem Schmolnen nicht die Eisenindustrie gemeint. Er habe die Beschickung der Ausstellung auch nicht wesentlich aus patriotischen, sondern aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten für geboten erklärt. Es komme nicht darauf an, ob eine Industrie etwas Neues auszustellen habe, sondern darauf, daß nicht durch das Fehlen reiner Industrie auf der Ausstellung der Schein im Auslande erweckt werde, als ob unsere Industrie nicht auf der Höhe der Zeit stehe.

Abg. Schrader (Hr.): Ich bitte nicht zu vergessen, daß im vorigen Jahre der Reichstag sich für die Beteiligung ausgesprochen hat. Damals wäre die Vorbringung von Bedenken am Platze gewesen. Heute ist es aber eine patriotische Pflicht, ein möglichst voll-

ständiges Bild von dem Gesamtstand unserer Industrie zu geben. Wenn einzelne Industrien durch die Beteiligung der Ausstellung einen größeren Absatz in Nordamerika nicht erhoffen, so ist zu bedenken, daß die Beteiligung an der Ausstellung den Absatz in Südamerika und Ostafrika erweitern kann.

Hierauf wird die Position einstimmig bewilligt. Die Position: „Zur wissenschaftlichen Erforschung und Aufdeckung des römischen Grenzwalls (limes), 1. Rate 40 000 M.“ beantragt die Kommission zu streichen.

Ein Antrag Dechelhäuser will die Position bewilligen. Abg. Dechelhäuser (nl.) führt aus, daß die geringe Summe von 40 000 M. nicht in Betracht kommen könne, gegenüber einer so wichtigen wissenschaftlichen Aufgabe, wie es die Erforschung des römischen limes sei, durch welche die römisch-deutsche Geschichte in den ersten drei Jahrhunderten n. Chr. Geb. eine neue Beleuchtung erfahren werde. Wünsche nach Erforschung dieses Gebietes seien schon seit Jahrzehnten laut geworden, und große Politiker, Strategen, und Geschichtsforscher wie der Geistesheros Mommsen, die Seele der ganzen Bewegung, hätten sich dafür interessiert.

Unterstaatssekretär v. Rottenburg giebt eine geschichtliche Darstellung der Frage, welche die wissenschaftliche Welt und die Reichsregierung schon seit langer Zeit beschäftigen, und bittet um Annahme der Position.

Württembergischer Bevollmächtigter v. Moser bittet ebenfalls um Annahme der Position, damit man endlich zu dem abschließenden Urtheile in der Frage des römischen limes komme.

Abg. Fritzen (Str.) begründet die ablehnende Haltung der Mehrheit der Budgetkommission mit der Forderung der Sparsamkeit, welche man an die Kommission gestellt habe. Eine Bewilligung der in Frage stehenden Forderung würde eine Erweiterung der Forderungen für wissenschaftliche Zwecke an das Reich zur Folge haben. — Die Förderung wissenschaftlicher Zwecke sei aber Sache der Einzelstaaten, und es werde auch hierin sehr viel geleistet.

Abg. Tröltzsch (nl.) spricht sich im Sinne des Antrages Dechelhäuser aus im Interesse einer einheitlichen Leitung der Arbeiten.

Abg. Dr. Lieber (Str.) erklärt sich im Namen eines Theils seiner Fraktion ebenfalls für die Bewilligung der 40 000 M. An diesem Punkte eine so geringfügige Summe sparen zu wollen, sei nicht des deutschen Reiches würdig.

Abg. Birchow (Hr.): Der Zeitpunkt ist jetzt gekommen, wo man von den Einzelarbeiten zu einer einheitlich zusammenfassenden Arbeit in der Erforschung des limes übergehen muß. Eine solche centralisirte Arbeit ist um so notwendiger, als durch die früheren Privatarbeiten Vieles zerstückt worden ist. Freilich müßten alle Männer, die sich bisher um diese Frage verdient gemacht haben, in die betreffende Kommission gewählt werden. Vielfach waren unter diesen Männern nur Autodidakten, und wenn ein Kenner wie Mommsen sich an die Spitze der Bewegung gestellt habe, so muß das in hohem Grade als Stärkung der Sache begrüßt werden. Bisher haben mehr die Amateure der Archäologie vorgeherrschet. Jetzt werden auch die genauen Kenner der Archäologie eintreten.

Redner macht im weiteren für die fernere Forschung darauf aufmerksam, daß es sich nicht lediglich um die Erforschung der römischen Verhältnisse, sondern auch um das Studium der Kulturgeschichte des deutschen Volkes handle. In der Gegend des limes kann man oft nicht unterscheiden, ob etwas romanisch oder germanisch ist. Nach dieser Richtung verdienen die Fundorte, die Burgruinen, besonders die Gräberfelder eine besondere Beachtung. Zum Schluß spricht der Redner den Wunsch aus, daß die Kommission mit den Publikationen nicht wartet, bis die ganze Sache fertig ist, damit die Kritik nicht eintreten kann zu einer Zeit, wo gearbeitet wird, und ergänzend auf die Kommission einwirken kann.

Darauf wird die Position mit großer Mehrheit angenommen.

Der Titel: „Zur Herstellung des Nordostsee-Kanals“ wird bewilligt, ebenso die „Einnahmen“, sodas der Etat für das Reichsamt des Innern mit Ausnahme des Kapitels „Reichsversicherungsamts“ in zweiter Beratung erledigt ist.

Der Etat des Rechnungshofes wird ohne Debatte genehmigt.

Es folgt die Beratung des Etats für das Reichs-Eisenbahnamt.

Abg. Schrader fragt an, ob seine vorjährige Anregung auf Ermäßigung namentlich der Kohlenpreise und Reform der Personentaxen auf Befolgung Aussicht habe. Preußen sei bereits nahe daran gewesen und habe erst im letzten Moment diese Reformen fallen lassen aus finanziellen Gründen. Die Eisenbahnen hätten aber keine so unglücklichen finanziellen Ergebnisse gehabt, daß man so wichtige Reformen zurücksetze. Ein Staats-Eisenbahnwesen, das so große Ueberschüsse liefere, müsse vor Allem das für den Verkehr Erforderliche thun. Die Privat-Eisenbahnen hätten gewiß nicht geäuert. Eine Ermäßigung der Kohlenpreise sei gewiß nöthig, um möglichst viel Kohlen auf Lager zu bekommen; denn es könne sehr leicht wieder eine Kohlenalamität kommen. Bei den Staats-Eisenbahnen gelte ferner nicht genug aus finanziellen Fonds für die Erneuerung der Betriebsmittel. Deshalb rege er an, Erneuerungsfonds auch bei unglücklichen Betriebsergebnissen anzulegen, wie es bei Privatbahnen überall üblich sei. Die große Zahl der Unfälle im vorigem Jahre hätte den Glauben an die Sicherheit auf den deutschen Eisenbahnen erschüttert. Ein erheblicher Theil dieser Unfälle habe aber seinen Grund darin, daß nicht rechtzeitig Mittel flüssig waren, die nöthigen Verbesserungs- und Erneuerungsanlagen zu machen. Die Reichsverfassung gebe ausdrücklich das Recht zur Einstellung solcher Fonds. Man erfahre überhaupt zu wenig von der Thätigkeit des Reichs-Eisenbahnamts. Der Reichstag habe aber ein Recht darauf, Näheres zu erfahren. Er erbitte vor Allem Auskunft darüber, was in bezug auf Tarifreformen und für die Erhöhung der Betriebssicherheit geschehen sei. Das Reichs-Eisenbahnamt möge aber nicht erst die Anregung aus dem Hause abwarten, sondern jährliche Berichte erstatten. (Beifall.)

Direktor im Reichs-Eisenbahnamt Geh. Rath Schulz führt gegen die Vorlegung jährlicher Denkschriften aus, daß dies nicht

Sache des Reichs-Eisenbahnamtes als einer Aufsichtsbehörde sei, sondern das sei Sache der Verwaltungsbehörde.

Was die Sicherheit auf den deutschen Eisenbahnen betreffe, so wird von jedem Unfall dem Reichs-Eisenbahnamt Mittheilung gemacht und nöthigenfalls eine Untersuchung eingeleitet. Die Sicherheit auf den deutschen Eisenbahnen hat nicht ab-, sondern zugenommen. Im vorletzten Lustrum hat eine Entgleisung auf 22 Millionen Kilometer stattgefunden, im letzten auf 24 Millionen, ein Zusammenstoß im vorletzten Lustrum auf 27 900 000 Kilometer, im letzten auf 40 Millionen Kilometer. Noch günstiger gestaltet sich das Verhältnis speziell im letzten Jahre 1891. Das Verhältnis auf deutschen und englischen Eisenbahnen falle zu Gunsten der deutschen aus. Speziell im letzten Jahr sei das Verhältnis ein besonders günstiges. Einzelne Unglücksfälle, welche das Publikum besonders aufgeregt hätten, seien Gegenstand der Untersuchung gewesen und hätten zu verschiedenen Konstruktionsänderungen geführt.

Die Frage der Reform der Personentaxen sei noch nicht entschieden, sie schwebte noch zwischen den Einzelstaaten. Sie stoße insofern auf Schwierigkeiten, als die Einzelstaaten, deren Etat vielfach mit den Betriebsergebnissen der Eisenbahnen zusammenhänge, finanzielle Bedenken erheben. Man müsse also das Ergebnis der Verhandlungen abwarten. Daß der jetzige Zustand nicht hemmend auf den Personenverkehr wirke, beweise die steigende Entwicklung dieses Verkehrs, der in höherem Prozentsatz zunehmende als der Güterverkehr.

Für die Ermäßigung der Kohlenpreise könne das Reichs-Eisenbahnamt nichts thun, da dies Sache der Einzelstaaten sei, einige Bezirks-Eisenbahnräthe hätten sich aber gegen eine solche Maßregel ausgesprochen.

Abg. Graf Nantz steht der Forderung einer Herabsetzung der Kohlenpreise sympathisch gegenüber, wendet sich aber gegen eine Personentaxenreform wegen des Rückgangs der Betriebseinnahme. Die Erfahrungen mit dem Zonentarif in Ungarn seien in keiner Weise ermutigend. Die Zunahme der Reisenden um 136 pCt. habe dort für die Eisenbahnverwaltung eine große Vermehrung der Betriebsausgaben zur Folge gehabt, und sie habe im Ganzen einen großen Zuschuß machen müssen. Den Reformbestrebungen des Abg. Schrader könnte man sich anschließen, wenn man bloß das Reichs-Eisenbahnamt zu vertreten habe. Die Interessen der einzelnen Landes-Eisenbahnen erforderten aber vor Allem eine Reform der Gütertarife; aber auch hier sei nach den österreichisch-ungarischen Erfahrungen die Einführung von Zonentaxen nicht zu empfehlen.

Abg. Schrader: Das Publikum muß in erster Reihe die Ueberzeugung gewinnen, die Aufsicht werde mit Energie gehandhabt. Eine solche Ueberzeugung hat das Publikum nicht, und so entsteht Beunruhigung. Wenn die Eisenbahnverwaltung eines Einzelstaates hinsichtlich der Betriebsmittel nicht allen Anforderungen genügt, so ist es Pflicht des Reichs-Eisenbahnamts, hier sein Aufsichtsrecht mit aller Kraft auszuüben. Das Reichs-Eisenbahnamt soll über den Eisenbahnverwaltungen der Einzelstaaten stehen, welche vielfach finanzielle Gesichtspunkte vor allen anderen vorwalten lassen. Die Reform der Personentaxen wird in Angriff genommen werden müssen, da die Bewegung eine starke ist.

Präsident Dr. Schulz versichert nochmals, daß die Vermehrung der Betriebsmittel allen Ansprüchen genüge. Gerade die preussische Staats-Eisenbahnverwaltung habe ihren Bestand an Gütermägen von Jahr zu Jahr gesteigert. Der zu Tage getretene Wagenmangel habe in den außerordentlichen Witterungsverhältnissen gelegen.

Abg. Dr. Hammacher (nl.) erkennt es in Uebereinstimmung mit dem Abg. Schrader als wünschenswerth an, daß die innere Kraft des Reichs-Eisenbahnamts gestärkt werde dadurch, daß es von seinem Aufsichtsrecht thätigst in möglichst weitem Umfang Gebrauch mache. Redner weist jedoch darauf hin, daß die Ueberschüsse der Eisenbahnen nicht gut zur Erleichterung in den Tarifen verwendet werden können, da über sie im gesammten Etat schon verfügt ist. Das liege eben an der unglücklichen Verquickung der Finanzen der Staats-Eisenbahnverwaltung mit den übrigen Verwaltungen. Man könne dabei aber nicht der Eisenbahnverwaltung ein mäandriges Interesse für die Vermehrung der Betriebsmittel vorwerfen, denn thätigst würden durch Anleihen ebenio viel Ausgaben für Betriebsmittel gemacht, als es sonst durch die Verwendung der Ueberschüsse geschehen würde. Redner wünscht nun Schulz die baldige Vorlegung eines guten Reichs-Eisenbahngesetzes.

Abg. Schrader hält ein Reichs-Eisenbahngesetz auch für wünschenswerth, wenn sein Zustandekommen jetzt auch seine Schwierigkeiten habe. Für die Instandhaltung des Eisenbahnmateriels sei die Reichsverfassung sogar einen Zwang vor. Zu wünschen sei, daß die jetzt papierne Kontrolle des Reichs-Eisenbahnamts mehr zu einer wirklichen Kontrolle werde. Es bedürfte nur eines Antrages, um einen Eisenbahnkommissar für lokale Aufsicht einzustellen. Aus den Bemerkungen des Abg. Hammacher erzieht Redner abermals, daß die Staats-Eisenbahnen nicht in der Lage sei, für den Verkehr so zu sorgen, wie Privat-Eisenbahnen.

Der Etat des Reichs-Eisenbahnamts wird hierauf bewilligt. Hierauf vertagt das Haus die weitere Etatsberatung (Postetat) auf Montag, 1 Uhr.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 17. Jan. Die Staats-Eisenbahnen als das Schmerzenskind der preussischen Finanzen, das war das Leitmotiv auch für die gestrige Eisenbahndebatte des Reichstags. Wenn der Etat des Reichs-Eisenbahnamts zur Verhandlung steht, dann geht es nach einem seit Jahren geltenden Schema zu. Klagen, nichts als Klagen über die mangelnden Kompetenzen dieser Behörde, die nicht thun kann, wie sie soll, und wie sie wahrscheinlich auch will. Regelmäßig erklärt auf solche nur allzuberechtigte Beschwerden, die diesmal von den Abgg. Schrader und Hammacher vorgebracht wurden, der

Präsident des Reichseisenbahnamts, daß es ganz so schlimm nicht sei; Dies oder Jenes werde ja doch gethan. Aber auch durch die Verwahrung des Vertreters dieser Behörde klingt es regelmäßig wie ein elegisches Bedauern darüber hindurch, daß die Uebermacht des preussischen Staatsbahnsystems die Initiative der verwandten Institution im Reiche auf Schritt und Tritt einschränke. Wie aus diesem Zustande herausgekommen werden soll, dafür hat noch Keiner das erlösende Wort gefunden. Es gäbe nur ein einziges Mittel, das vorzuschlagen wir uns freilich sehr hüten werden, das Mittel nämlich der Ueberführung sämtlicher Eisenbahnen in das Eigentum des Reichs. Das Mißverhältnis zwischen dem angestrebten Zweck der Erweiterung des Wirkungskreises des Reichseisenbahnamts und einem solchen Wege zu seiner Erreichung liegt auf der Hand. Man muß aber an die Verstaatlichung von Reichswegen denken, weil das Reichseisenbahnamt im Grunde der schwächliche Niedererschlag jenes Bismarck'schen Reformgedankens von 1876 gewesen ist. Ohne die Reichseisenbahnämter hätten wir auch kein Reichseisenbahnamt. Eine neue Nuance in das alte Klagegedicht über den kleinlichen und dürftigen Zuschnitt dieser Behörde kam nun aber in Anknüpfung an die Miquel'sche Etatsrede vom Freitag in die gestrige Debatte. Das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Staatsfinanzen und Staatsbahnen ist ja noch nie so kraß wie diesmal hervorgetreten. Mit Bedauern hat der Finanzminister im Abgeordnetenhaus konstatiert, daß jede erkennbare Grenze zwischen beiden Gebieten fehle, und die Frage stellte sich sofort ein, ob Herr Miquel etwa ein Mittel in Bereitschaft hätte, um diese Grenze noch nachträglich zu ziehen. Alle Welt könnte ihm aufrichtig dankbar dafür sein. In derselben Richtung nun bewegten sich die Äußerungen des Abg. Hammacher im Reichstage. Auch er kann nur mit dem Gefühl der Verstimmung von der Kalamität reden, die durch eine unzutreffende Behandlung der preussischen Finanzen herbeigeführt worden ist. Die Freunde der Eisenbahnverstaatlichung seien überzeugt gewesen, daß die Eisenbahnen lediglich dem öffentlichen Verkehr dienen sollen, und auch die Regierung habe sich bei der Verstaatlichung gegen die Verfolgung rein finanzieller Zwecke verwahrt. Deshalb sei das Garantiegesetz beschlossen worden (die vielberufenen „Schaumblöße auf der Suppe“), das aber völlig unwirksam geblieben sei. Offenbar berachtet es der Abg. Hammacher und mit ihm seine Freunde, zu denen ja auch der Finanzminister gehört, als dringende Aufgabe, hier endlich Wandel zu schaffen, nur fragt es sich, wie. Hammacher fügt hinzu, daß durch die Verwendung der Eisenbahnüberschüsse für dauernde Staatsbedürfnisse das ganze Finanzwesen „deroutirt“ werden. Die Hinterlegung eines Erneuerungsfonds wäre aber nur ein mechanisches Mittel. Ganz richtig. Wo ist nun aber das organische, wirklich helfende und heilende Mittel? Es würde uns zur Genugthuung gereichen, wenn dies Problem nicht bloß den Finanzminister, sondern auch seine Kollegen im Staatsministerium eifrig beschäftigte. Von seiner Lösung hängt sehr viel mehr ab, als die Reisten sich heute träumen lassen. Unsere gesammten Etatszustände werden immer unheilvoller verfahren werden, wenn nicht eine Reform auf der Grundlage des Schiedlich Friedlich gelingt. Der Artikel der „Hamb. Nachr.“, der eine Miquel'sche an die Wand malt, spricht u. A. davon, daß der Finanzminister mit seinen weitauschauenden Reformplänen Widerstand oder wenigstens keine rechte Unterstützung beim Grafen Caprivi gefunden habe. Wir sind überzeugt, daß zu den Anliegen, die Herrn Miquel besonders interessieren, die hier berührte Frage in erster Reihe gehört.

— Zum neuen Reichs-Auswanderungsgesetz wird dem offiziellen „Hamb. Kor.“ aus Berlin geschrieben:

Nach Andeutungen unterrichteter Kreise wird sich das neue Reichsauswanderungsgesetz hauptsächlich auf die Regelung des Agentenwesens beziehen, um der erwerbsmäßigen Verleitung zur Auswanderung wirksamer als bisher vorzubeugen. Die beugenden Agenten haben fortan gewisse Bürgschaften zu stellen und ihre Geschäftsführung der behördlichen Aufsicht zu unterwerfen. Inwieweit unmittelbare Beschränkungen der Auswanderung eingeführt werden sollen, scheint noch nicht festzusetzen. Voraussetzungen sind man sich da an das Vorbild der Schweiz anlehnen, wo den Agenten die Beförderung von Personen unterjagt ist, welche wegen Alter, Krankheit oder Gebrechlichkeit arbeitsunfähig sind, falls nicht ihre ausreichende Versorgung am Bestimmungsort nachgewiesen wird, ferner von minderjährigen Personen ohne Erlaubnis ihrer Vormünder, von Personen, die nach Bestreitung der Reisekosten ohne Hilfsmittel anlangen würden, von militärfähigen Personen in verschärfter Form, endlich von Eltern, wenn sie unermöglichte Kinder zurücklassen. Außerdem dürfte eine seit Jahresfrist eingehaltene Bestimmung, wonach die deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaften deutsche Auswanderer auf Kosten fremder Staaten oder Unternehmer nicht befördern sollen, auf die Agenten ausgeht. Endlich ist die Schaffung einer eigenen Reichsamtstabelle für das Auswanderungswesen in Aussicht genommen. Dessen Aufgabe wird es sein, die Durchführung des neuen Gesetzes zu überwachen und in Verbindung mit patriotischen Ansiedelungsgesellschaften, wie solche bereits in Berlin, Leipzig und Chemnitz bestehen, eine positive Fürsorge für die deutschen Auswanderer zu befördern, derart, daß sie in die Fremde wirklich auf günstige Daseinsbedingungen rechnen dürfen und dabei dem Deutschen Reiche oder doch mindestens dem Deutschthum erhalten bleiben.

## Entwurf eines Volksschulgesetzes.

(Fortsetzung.)

### Zweiter Abschnitt.

Träger der Rechtsverhältnisse der öffentlichen Volksschule.

§ 27. Träger der Rechtsverhältnisse der öffentlichen Volksschulen sind die bürgerlichen Gemeinden, die selbständigen Gutsbezirke und die Schulverbände.

#### I. Schulbezirke. Schulverbände.

§ 28. Jede Stadt bildet in der Regel ihren eigenen Schulbezirk. Aus erheblichen Gründen können Landgemeinden und Gutsbezirke, in deren Bezirk eine eigene Volksschule nicht vorhanden ist, einem städtischen Schulbezirk von dem Regierungspräsidenten gattweise zugewiesen werden. Die Vergütung für die gattweise Vergütung wird mangels einer Einigung der Beteiligten von dem

Bezirksausschuß festgesetzt. Es ist dabei auf die Steuerverhältnisse der Beteiligten, auf die Zahl der gattweise überwiesenen Kinder sowie auf die Kosten Rücksicht zu nehmen, welche den Landgemeinden (Gutsbezirken) bei einer anderweitigen Beschulung der Kinder erwachsen würden, und auf die etwaigen Mehrkosten, welche für die Stadt aus der gattweisen Zuweisung entstehen.

§ 29. Landgemeinden (Gutsbezirke) bilden entweder ihren eigenen Schulbezirk oder werden behufs Unterhaltung einer oder mehrerer Volksschulen mit nachbarlich gelegenen Landgemeinden (Gutsbezirken) oder mit Stadtgemeinden zu einem gemeinsamen Schulbezirk (Schulverbände) vereinigt.

§ 30. Die Bildung und Aenderung der Schulverbände erfolgt nach den über die Verbindung nachbarlich gelegener Gemeinden (Gutsbezirke) behufs gemeinsamer Wahrnehmung kommunaler Angelegenheiten bestehenden gesetzlichen Vorschriften, und wo solche Vorschriften nicht bestehen, bis auf Weiteres nach den betreffenden Bestimmungen der Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen vom 3. Juli 1891 (Gesetzsamml. S. 233), überall jedoch mit der Maßgabe, daß der Kreis (Bezirks-) Ausschuß nur auf Antrag der Kreisbehörde beziehungsweise des Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten beschließt. In gleicher Weise können kommunale nachbarliche Verbände zu Schulverbänden erklärt werden. Schulverbände haben die Rechte öffentlicher Korporationen.

§ 31. Aus erheblichen Gründen können von dem Regierungspräsidenten Schulfinder aus einzelnen Theilen einer Gemeinde bezirks-, Schulverbandes) gattweise der Schule einer anderen Gemeinde (Gutsbezirks-, Schulverbandes) zugewiesen werden. Für einzelne Unterrichtsfächer kann aus erheblichen Gründen die Zuweisung auch aus ganzen Gemeinden (Gutsbezirken, Schulverbänden) erfolgen. Die Vergütung für die gattweise Benutzung ist mangels einer Einigung der beteiligten Gemeinden (Gutsbezirke, Schulverbände) für Stadtschulen vom Bezirksausschuß, für Landschulen vom Kreis- (Stadt-) Ausschuß festzusetzen. Es ist dabei auf die Steuerverhältnisse der Beteiligten, auf die Zahl der gattweise überwiesenen Kinder sowie auf die Kosten Rücksicht zu nehmen, welche bei einer anderweitigen Beschulung der Kinder erwachsen würden, und welche aus der gattweisen Ueberweisung entstehen.

§ 32. Bestehen in einer Gemeinde (Gutsbezirk, Schulverband) mehrere Volksschulen, so können für die schulpflichtigen Kinder von der Kreis- (Stadt-) Schulbehörde nach Anhörung der Schulvorstände Schulbesuchsbezirke eingerichtet werden.

§ 33. Wollen Eltern oder deren Stellvertreter Kinder in die Volksschule einer anderen Gemeinde (Gutsbezirks-, Schulverbandes) oder eines anderen Schulbesuchsbezirks als desjenigen schicken, in welchem die Kinder einheimisch sind, so beschließt hierüber der Gemeinde- (Guts-, Verbands-) Vorstand. Unentgeltlich von Verwandten in Pflege und Kost genommene Kinder gelten als einheimisch am Pflegeort. Der Gemeinde- (Guts-, Verbands-) Vorstand kann von den einer anderen Gemeinde (Gutsbezirk, Schulverband) angehörigen Kindern ein Fremdenschulgeld erheben. Die Festsetzung der Höhe der Schulgebühren unterliegt der Genehmigung der verstärkten Kreis- (Stadt-) Schulbehörde (§§ 61, 66). Das Schulgeld fließt zur Kasse des Schulbezirks (Schulverbandes). Auf Beschwerden und Einsprüche, betreffend die Heranziehung oder Veranlagung zu dem Fremdenschulgeld, finden die bezüglich der Heranziehung und Veranlagung zu den Gemeindeabgaben geltenden gesetzlichen Vorschriften sinngemäße Anwendung.

§ 34. Die in Folge der Einrichtung oder Veränderung der Schulbezirke (Schulverbände) notwendig werdende Ausgleichung und Auseinandersetzung bezüglich des Vermögens und der Schulden erfolgt nach den über die Ausgleichung und Auseinandersetzung bei der Einrichtung oder Veränderung kommunaler nachbarlicher Verbände bestehenden gesetzlichen Vorschriften, und wo solche Vorschriften nicht bestehen bis auf Weiteres nach den betreffenden Bestimmungen der Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen vom 3. Juli 1891 (Gesetzsamml. S. 233).

### II. Aufbringung der Volksschullasten.

§ 35. Die Aufbringung der Kosten für die Errichtung und Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen liegt den bürgerlichen Gemeinden (Gutsbezirken, Schulverbänden) ob.

§ 36. Die Erhebung eines Schulgeldes in den öffentlichen Volksschulen findet fortan nicht statt. Diese Vorschrift bezieht sich nicht auf das Fremdenschulgeld (§ 33).

§ 37. In den bürgerlichen Gemeinden werden die Schullasten wie die Kosten der allgemeinen Kommunalverwaltung aufgebracht.

§ 38. In Gutsbezirken hat der Besitzer des Guts die Schullasten gleich den Gemeinden zu tragen.

§ 39. Steht der Gutsbezirk nicht ausschließlich im Eigentum des Gutsbesizers, so kann auf dessen Antrag ein Statut erlassen werden, welches die Aufbringung der Kosten in dem Gutsbezirk unter Heranziehung der, in den nicht im Eigentum des Gutsbesizers stehenden Theilen des Gutsbezirks vorhandenen Grundbesitzer, Einwohner, juristischen Personen, Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Berggenossenschaften und eingetragene Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht (Gesetz vom 27. Juli 1885, Gesetzsamml. S. 327), sowie die Beteiligte derelicten an der Verwaltung der Schulangelegenheiten regelt. Das Statut, welches hinsichtlich der Regelung der Beitragspflicht den gesetzlichen Bestimmungen über die Verteilung der Gemeindelasten in den ländlichen Gemeinden folgen muß, unterliegt der Bestätigung durch den Bezirksausschuß. Die Verteilung, Ausschreibung und Einziehung der Abgaben liegt dem Vorsteher des Gutsbezirks ob.

§ 40. In Schulverbänden erfolgt die Aufbringung und Verteilung der Kosten der Unterhaltung des gemeinsamen Schulwesens nach den für die Aufbringung und Verteilung der gemeinsamen Ausgaben in kommunalen nachbarlichen Verbänden geltenden gesetzlichen Vorschriften. In denjenigen Provinzen, in denen derartige Vorschriften nicht bestehen, finden bis auf Weiteres die betreffenden Vorschriften der Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen vom 3. Juli 1891 (Gesetzsamml. S. 233) entsprechende Anwendung. Der Kreis- (Bezirks-) Ausschuß ist befugt, bei der Festsetzung des Maßstabes für die Verteilung der Beiträge zu den gemeinsamen Ausgaben auf die Mitglieder des Schulverbandes die besonderen Verhältnisse, insbesondere etwaige Voraussetzungen (§ 34), die Zahl der Kinder beziehungsweise Haushaltungen und die Zugehörigkeit eines Verbandesmitgliedes zu mehreren Schulbezirken (Schulverbänden) zu berücksichtigen und hiernach den Maßstab der Verteilung sowie dementsprechend die Vertretung und das Stimmverhältnis der Beteiligten anderweit zu bestimmen. Die Vereinbarung der Beteiligten beziehungsweise des Verbandesstatut unterliegt hinsichtlich des Verteilungsmaßstabes der Genehmigung beziehungsweise Festsetzung des Regierungspräsidenten, wenn von einem Verbandesmitglied ein staatlicher Ergänzungszuschuß (§ 189) beanprucht wird. Ihren Anteil an den Lasten des Schulverbandes hat jede Gemeinde (Gutsbezirk) für sich aufzubringen (§§ 37 bis 39) und an die Kasse des Schulverbandes abzuführen.

(Fortsetzung folgt.)

## Parlamentarische Nachrichten.

— Aus dem Etat der Unterrichtsverwaltung haben wir noch folgende Titel hervor: Für das Elementarunterrichtswesen sind 1,701,818 M. mehr angelegt als im Vorjahr. Davon kommen auf Gehaltsverhöhungen für die Seminarlehrer und Seminarlehrer 253,700 M. Das

Gehalt der Seminarlehrer wird etabliert auf 4000 bis 5400 M., durchschnittlich 4700 M., dasjenige der ersten Lehrer auf 3000 bis 4000 M., im Durchschnitt 3500 M. (in Berlin 3600 bis 4800 M.), das Gehalt der ordentlichen Lehrer auf 1800 bis 2300 M., im Durchschnitt 2500 M. (in Berlin 2400 bis 3600 M., im Durchschnitt 3000 M.) Im Ganzen entfallen auf die Mehrausgaben für Seminaristen 340,803 M. und für Präparanden 22,534 M. Bei Letzteren kommen auf Gehaltsverhöhungen 10,500 M. Bei der Turnlehrerbildungs-Anstalt in Berlin wird ein zweiter Unterrichtsdirektor angestellt. Bei der Schulaufsicht wird je ein neuer schultechnischer Rath bei den Regierungen zu Marienwerder, Breslau, Merseburg und Schleswig angestellt. Die Gehälter der Kreis-Schulinspektoren werden erhöht auf 2700 bis 5400 M., im Durchschnitt 4050 M. Aus dem bisherigen Fonds für dienstalterszulagen wird ein besonderer Dispositionsfonds von 620,000 M. zu sonstigen persönlichen Zulagen und Unterstüzungen für Elementarlehrer und Lehrerinnen abgewiegt. Die Zuschüsse für die Universitäten werden erhöht für Königsberg um 6200 M., Berlin 27,400 M., Greifswald 8800 M., Breslau 19,370 M., Halle 27,424 M., Kiel 6620 M., Marburg 750 M., Bonn 2750 M.

— Der Gesekentwurf zur Bekämpfung der Trunksucht ist, wie schon telegraphisch gemeldet, dem Reichstage zugegangen. Die bedeutendsten Bestimmungen des Gesetzes sind nur wenig modifizirt. Neu ist eine Bestimmung gegenüber dem früheren Entwurf, wodurch das Ausschließen von Bestellungen auf Branntwein und Spiritus bei Personen, in deren Geschäftsbetrieb dieselben keine Verwendung finden, vom Geschäftsbetrieb der Handlungreisenden ausgeschlossen ist. Darnach dürfen also beispielsweise Weinreisende auf feinere Branntweinsorten künftig keine Bestellung mehr annehmen. § 1 lautet dann weiterhin: Der § 33 der Gewerbeordnung erhält folgende Fassung: Wer Gastwirtschaft, Schankwirtschaft oder Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus betreiben will, bedarf dazu der Erlaubnis. Diese Erlaubnis ist nur dann zu verlagen: 1) wenn gegen die nachstehenden Thatsachen vorliegen welche die Annahme rechtfertigen, daß er das Gewerbe zur Förderung der Föllerei des verbotenen Spiels, der Heblerei und der Unfittlichkeit mißbrauchen werde; 2) wenn das zum Betriebe des Gewerbes bestimmte Lokal wegen seiner Beschaffenheit und Lage den polizeilichen Anforderungen nicht genügt. Die Erlaubnis zum Betriebe der Gastwirtschaft, zum Ausschänken geistiger Getränke und zum Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus ist außerdem von dem Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig. Vor Ertheilung der Erlaubnis sind die Ortspolizeibehörden und die Gemeindebehörden gattlich zu hören. Unter welchen Voraussetzungen der Handel mit Branntwein oder Spiritus als Kleinhandel anzusehen ist, bestimmen die Landesregierungen. § 2 verbietet den Kleinhandlern, Branntwein oder Spiritus in Mengen von weniger als 1/4 Liter abzugeben. Nach § 3 dürfen zum Ausschänken von Branntwein dienende oder mit solchen Räumen in unmittelbarer Verbindung stehende Räume nicht zum regelmäßigen Betriebe eines Handelsgewerbes oder Handwerks benutzt werden, ausgenommen die Verabfolgung von Nahrungsmitteln zum Genuß auf der Stelle betreibenden Gewerbe. Nach § 4 findet § 75 der Gewerbeordnung auf Schankwirthe entsprechende Anwendung. In § 5 werden Gast- und Schankwirthe verpflichtet, für die Aufrechterhaltung der Ordnung in ihren Räumen zu sorgen. Nach § 6 kann durch Polizeiverordnung der Ausschank geistiger Getränke wie der Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus Morgens vor 8 Uhr verboten, auch vorgeschrieben werden, daß die Räumlichkeiten, welche dem bezeichneten Gewerbebetriebe dienen, so lange geschlossen zu halten sind. § 7 verbietet den Gast- und Schankwirthen, unter sechs- und siebenzehnjährigen stehenden und ohne Aufsicht Grobjähriger befindlichen Personen, geistige Getränke zum Genuß auf der Stelle zu verabreichen. Bei Verabreichung zur Erfrischung auf Reisen, Ausflügen u. dgl. findet eine Ausnahme von dem Verbot statt. Nach § 8 wird Gast- und Schankwirthen verboten, offensichtlich Betrunkene oder gewohnheitsmäßige Trinker, welche als solche rechtskräftig verurtheilt sind, das Betreten ihres Lokals zu gestatten. Einen Betrunkenen, der sich innerhalb des Lokals in diesen Zustand gebracht hat, dürfen sie nur dann hinausweisen, wenn dafür Sorge getragen ist, daß er außerhalb des Lokals öffentlichen Lärger nicht erregt. Die weiter folgenden privatrechtlichen Bestimmungen sind ganz konform dem ersten Entwurf. Die Strafbestimmungen sind nach wie vor sehr streng. Es wird mit Geldstrafe bis zu dreißig Mark bestraft, wer gegen § 2 fehlt, bis zu sechzig Mark, wer gegen die §§ 7 und 8 und gegen die auf Grund der §§ 5 und 6 erlassenen Vorschriften fehlt, ebenso wer gegen § 10 Absatz 1-4 handelt, sofern er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß er durch die Strafandrohung dem Gange des Empfängers zum übermäßigen Genuß geistiger Getränke vorzubeugen will. Mit Geldstrafe bis zu 30 M. oder mit Haft bis zu einer Woche wird bestraft, wer Personen, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, mittelst geistiger Getränke vorzubeugen in den Zustand der Trunkenheit versetzt. Begeht diese Handlung der Inhaber einer Gastwirtschaft, so wird er mit Geldstrafe bis zu 100 M. oder mit Haft bis zu 4 Wochen bestraft. Mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen wird bestraft, wer in einem selbstverschuldeten Zustand Aergerniß erregende Trunkenheit an einem öffentlichen Orte betreibt. Ist derselbe ein gewohnheitsmäßiger Trinker, so tritt Haftstrafe ein. Der Paragraph über die Trunksucht ist unangetastet.

## Lokales.

Bonn, den 18. Januar.

\* Zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers findet für Behörden und Bürgerchaft ein gemeinschaftliches Festessen am 27. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr, im Saale des Zoologischen Gartens statt, zu welchem noch Einzeichnungen im Votenzimmer des Rathhauses stattfinden können. Preis des Gedecks ohne Wein 5 Mark.

br. Schwere Körperverletzung mit tödtlichem Erfolge.

Im hiesigen Gerichtsgefängnis befand sich ein bereits mit Zuchthaus vorbestrafter Schlossergeselle in Untersuchungshaft und sah demnächst auch wieder einer Zuchthausstrafe entgegen. Derselbe, von dem Drange nach Freiheit bejesselt, hat im Laufe des gestrigen Tages von seiner eisernen Bettstelle ein Stück Eisen mit Gewalt abgedreht und dann in verfloßener Nacht gerade um die Mitternachtsstunde sich durch Klopfen bemerkbar gemacht. Als ein Gefangener-Aufseher kam, um nachzusehen, was der Gefangene wollte, schlug letzterer den die Thüre öffnenden Aufseher mit dieser Eisenstange über den Kopf, daß derselbe sofort zusammenbrach. Der Gefangene hat darauf dem Aufseher das Schlüsselbund weggenommen, sich dessen Mühe aufgesetzt und dessen Stiefel angezogen, die verschiedenen Thüren aufgeschlossen und das Gefängnisgebäude unbeanstaltet verlassen. Der schwer verletzte Gefangener-Aufseher ist heute früh verstorben, er hinterläßt mehrere erwachsene Kinder. Der entflohene Gefangene ist bis jetzt noch nicht wieder ergriffen worden.

Aus der Provinz Posen und den Nachbarprovinzen.

(Nachdruck der Original-Berichte nur mit Quellenangabe gestattet.)

Osnien, 17. Jan. (Empfang des Erzbischofs v. Stablewski.) Wie wir bereits am Sonnabend telegraphisch mitgeteilt haben, ist der Erzbischof an diesem Tage Vormittags 10 Uhr hier eingetroffen...

Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 16. Jan. Prinz Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen, General der Artillerie, General-Adjutant weiland Kaiser Wilhelms I. ist heute hier gestorben. Stockholm, 16. Jan. Der König hat nach seiner Genesung die Regierung wieder übernommen... Bern, 16. Jan. Die Vertragsverhandlungen zwischen der Schweiz und Spanien haben zu der Vereinbarung geführt...

Lissabon, 16. Jan. Das neue Kabinett wird voraussichtlich, wie folgt, zusammengesetzt: Dias Ferreira Präsidium und Inners, Oliverra Martins Finanzen, Medeiros Justiz... London, 16. Jan. Die Beisezungsfeier in Windsor findet voraussichtlich am Mittwoch Mittag statt... Athen, 17. Jan. Die Blätter wollen von angeblichen Differenzen zwischen dem König und dem Konseilspräsidenten... Sofia, 16. Jan. Die „Agece balcanique“ erklärt Belgrader Meldungen über die Entdeckung einer Verschwörung für unbegründet... Tiflis, 16. Jan. Meldungen aus Teheran bezeichnen die Lage der Christen in Persien als sehr gefährdet...

Marktberichte. Bromberg, 16. Jan. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 215-216 M., geringe Qualität 190-204 M. Roggen 206-218 M... Breslau, 16. Jan. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Roggen p. 1000 Kilo... Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Januar 1892. Datum, Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seeshöhe, Wind, Wetter, Temp. in Cels. Grad.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 16. Jan. (Schlusskurse.) Bismarck... Frankfurt a. M., 16. Jan. (Schlusskurse.) Bismarck... Wien, 16. Jan. (Schlusskurse.) Reserve, Bahnen, Lombarden... Produktien-Kurse. Köln, 16. Jan. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 23,00, do. fremder loco 24,00, p. März 21,40, p. Mai 21,40...

Angekommene Fremde.

Posen, 18. Januar.

Hotel de Rome. - F. Westphal & Co. Die Kaufleute Mayer u. Beth a. Leipzig, Steinberg, Mandelstamm, Schönstadt, Alexander u. Förster a. Berlin, Bask, Weisenberg u. Michaelis a. Breslau, Löwenthal a. Landsberg a. W., Maerz a. Seb i. Bayern, Weyding, Wiprecht u. Albrecht a. Pflauen, Kresschmer a. Görlitz, Roggemann a. Pösa burg, Meyer a. Oitrowo, Lind a. Gamburg, Popp a. Kulmbach, königl. Polizeir-Inspektor v. Weerscheid a. Berlin, die Rittergutsbes. Luther a. Marienrode, v. Bobelitz a. Rumlant, Rohr a. Langguble, Cohn a. Dešno, Gutsbes. Rüßel a.

